

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 8

Artikel: Leninsche Prinzipien - Totalitarismus im Keim : das bolschewistische Normengefüge und was daraus geworden ist
Autor: Revesz, Laszlo / Klim, Franz
Kapitel: Der demokratische Zentralismus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092566>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das bolschewistische Normengefüge und was daraus geworden ist

Leninsche Prinzipien – Totalitarismus im Keim

Von Laszlo Revesz und Franz Klim

In sämtlichen kommunistisch regierten Ländern sind die sogenannten Leninschen Normen ein absolutes Tabu. Sie nehmen den Rang ein, den in kirchlich geführten absolutistischen Gesellschaftsformen die göttliche Offenbarung hatte, deren Güte zu bezweifeln eine gesellschaftliche Unmöglichkeit bedeutete. Der Bezug auf Lenin ist ein Obligatorium, unerlässlich zur Rechtfertigung der eigenen Handlung. Gerade deshalb wird die Anrufung der Leninschen Prinzipien zum Angelpunkt der Häresie, wo verschiedenartige Interessen mit gleichartiger leninscher Begründung quasi gerechtfertigt werden. Sowohl die rebellierenden Prager Reformer von 1968 als auch ihre sowjeti-

schen Züchtiger suchten ihre gegensätzliche Anschauung und Politik als Anwendung der Leninschen Normen auszugeben, so wie im Mittelalter die christlichen Könige unter Berufung auf das gleiche Gottesgnadentum untereinander Krieg führten. Die Heiligsprechung der Leninschen Prinzipien erweist sich als Hemmnis zu ihrer Darstellung, die nur von einem nichtgläubigen Standpunkt aus frei erfolgen kann. Hier werden nun einige Leninsche Normen in ihrer Ursprünglichkeit und ihrer geschichtlichen Ausprägung untersucht, ohne Respektierung ihres Offenbarungscharakters, die auch in Teilen der westlichen Gesellschaft immer mehr zu einem Tabu wird.

Der demokratische Zentralismus

Der «demokratische Zentralismus» geht auf Lenin zurück und ist das Leitungsprinzip jeder kommunistisch geführten Staats- und Gesellschaftsordnung. Er bedeutet, und zwar sowohl in der Theorie wie in der Praxis, die institutionalisierte Ausschaltung der Andersdenkenden. Darüber hinaus bedeutet er, zwar nicht in der Theorie, aber seit jeher in der Praxis, auch die Diktatur der herrschenden Oligarchie selbst über die Mehrheit der gleichdenkenden Parteimitglieder.

In jedem kommunistisch regierten Staat wird das auf Lenin zurückgehende Prinzip des demokratischen Zentralismus als Funktionsgrundsatz von Partei und Staat anerkannt. Im Parteistatut der KPdSU (Art. 19) ist es durch folgende Punkte definiert:

- a) Wählbarkeit aller leitenden Organe von unten nach oben (d. h. indirekte Wahlen, L. R.);
- b) regelmässige Rechenschaftsablegung der Parteiorgane vor ihren Parteiorganisationen und vor den übergeordneten Organen (d. h. horizontale des Minderheitsschutzes, L. R.);
- c) Straffe Parteidisziplin und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit (d. h. Ablehnung des Minderehrschutzes, (L. R.);
- d) Unbedingte Verbindlichkeit der Beschlüsse der höheren Organe für die unteren Organe.»

Die Einführung durch Lenin

Dieses Prinzip hat Lenin erstmals auf der Tamerforscher Konferenz der Bolschewiken (1905) ausführlicher formuliert und es als das einzig richtige Prinzip des Parteaufbaus bezeichnet. Auf den Druck der Bolschewiken nahm der 4. Kongress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands diesen Grundsatz ins Parteistatut (Artikel 2, 1906) auf. Seit dieser Zeit darf er nicht zur Diskussion gestellt werden, da er als eine objektive Gesetzmässigkeit des Parteaufbaus gilt.

Der Grundsatz des demokratischen Zentralismus garantiert der Partei ihre unteilbare monolithische Einheit und ihre organisatorisch-politische Wirksamkeit. Ueberdies gilt er auch auf fast allen Gebieten des Staatslebens und gehört zu den Grundsätzen der staatlichen Verfassungen sowjetischer Prägung, obwohl er in keiner ausdrücklich festgehalten ist. Die Anwendung auf den Staat erfolgte nach der Machtübernahme von 1917, so dass dieses Prinzip seit Bestehen der sozialistischen Gesellschaft im kommunistischen Sinne als Leitmotiv der praktischen Tätigkeit so-

wohl der Parteiorgane als auch des Staatsapparates zu betrachten ist.

Ebenso ist der demokratische Sozialismus ein internationaler Grundsatz der gesamten kommunistischen Weltbewegung. Seine schon ausdrückliche Anerkennung gehörte zu den wichtigsten Aufnahmebedingungen für die kommunistischen Parteien in die Komintern (1919), die nach diesem Prinzip aufgebaut wurde. In der heutigen Weltbewegung lässt er sich zwar nicht durchwegs verwirklichen, da einzelne kommunistische Parteien sich auch nach einem Beschluss leichte Abweichungen gestatten (beispielsweise in der Wertung der CSSR-Invasion), aber er gilt heute wieder mehr als je zuvor seit Stalins Zeiten für die Beziehungen der moskauabhängigen osteuropäischen KPs zu Moskau.

Der demokratische Zentralismus ist von seinen Befürwortern immer dem sogenannten «bürokratischen Zentralismus» gegenübergestellt worden, der im Rahmen der «bürgerlichen Demokratie» angeblich die Diktatur der Bourgeoisie sichert.

Der demokratische Zentralismus bedeutet (was die sowjetische Fachliteratur durchaus anerkennt) formell die Vereinigung zweier einander widersprechender Begriffe, deren Synthese dialektisch herbeizuführen sei. Sozialistische Demokratie und sozialistischer Zentralismus gelten als dialektische Einheit.

Ausdrückliche Verneinung der Demokratie

Hier ist zu betonen, dass der Begriff «Demokratie» nach marxistischer Interpretation mit unserm Demokratiebegriff nichts gemein hat. Die Demokratie hat nach kommunistischer Auffassung immer und zwangsläufig einen ausgeprägten Klasseninhalt. Die bürgerliche Demokratie bedeutet Demokratie für die Minderheit und Diktatur über die Mehrheit, die sozialistische Demokratie aber das Gegenteil. Denn auch Demokratie und Diktatur bilden in der marxistisch-leninistischen Dar-

stellung eine dialektische Einheit: Demokratie für die regimetreuen Elemente, Diktatur über alle andern.

Ein weiteres einschränkendes Element kommt hinzu: Die sozialistische Demokratie ist, wie Lenin unzählige Male betonte, «parteilich», das heisst parteigebunden. Andere als parteientprechende Auffassungen müssen vom Prozess der demokratischen Willensbildung grundsätzlich ausgeschlossen werden.

Damit ist die Demokratie durchaus nach der offiziellen leninistischen Auffassung immer eine Demokratie «unter der Bedingung, dass . . .» Dass sie erstens nicht an die bestehende Gesellschaftsordnung rührt und dass sie zweitens der allein bestimmenden Partei untergeordnet ist.

Diese beiden Merkmale von «Demokratie» unter Ausschluss jeglicher Opposition kamen und kommen noch in andern Systemen als dem leninistischen vor. Sie werden in diesem Falle in westlichen Ländern als faschistisch charakterisiert, als Elemente, die dem Faschismus typischerweise zu eigen sind. Wenn diese Auffassung zutrifft, dann ist die Leninsche Definition der Demokratie als faschistischer Ansatz zu verstehen.

Abgesehen von dieser grundlegenden Einschränkung der Demokratie verhindert aber der das Prinzip des demokratischen Zentralismus in seiner Handhabung auch die demokratische Willensbildung sogar durch jene, die in privilegierter Weise an ihr eigentlich teilnehmen dürften.

Und dazu noch Diktatur über die Gleichgesinnten

Die Unterordnung der (definitionsgemäss schon eingeschränkten) Demokratie unter den Zentralismus wird garantiert:

- a) durch die Leitung und Kontrolle, die den höheren Organen über die niedrigeren zusteht;
- b) durch das zusammenhängende hierarchische Netz der Exekutivorgane, welche der doppelten Abhängigkeit (der vertikalen und horizontalen) unterworfen sind.

Nun ist die horizontale Abhängigkeit und Unterordnung aus mehreren Gründen nur Schein. Der Parteikongress tritt alle vier Jahre zusammen, und in der Zwischenzeit hat das Zentralkomitee seine Kompetenzen. Dieses wiederum tritt zweimal im Jahr zusammen und delegiert seine Befugnisse an das Politbüro. Dieses Gre-

mium von elf Personen entscheidet letzten Endes alles und verfügte praktisch über das Schicksal von 240 Millionen Menschen.

Die Anordnungen des Politbüros treten sofort in Kraft. Eine Bestätigung durch das ZK ist so wenig vorgesehen wie eine Bestätigung von ZK-Beschlüssen durch den Parteikongress.

Wie selbstverständlich die Machtwillkür der Parteispitze ist, zeigt sich darin, dass sie es sozusagen in aller Unschuld jeweils unterlässt, selbst nach eigener Parteiverfassung illegale Entscheidungen auch nur zu tarnen. Als unter Chruschtschew eine Reorganisation («Zweiteilung» nach Produktionskriterien) der Partei beschlossen wurde, verletzte dieser Entschluss in flagrantester Weise sowohl das kurz zuvor vom Parteikongress angenommene Parteistatut als auch das ebenfalls ganz neue Parteiprogramm, aber niemand empfand das Bedürfnis, auch nur das geringste zu tun, um der Sache wenigstens den Anstrich von Legalität zu geben. Die absoluten Befugnisse der Führung waren Regierenden und Regierten so geläufig, dass man nicht einmal auf

den Gedanken kam, die Sache bedürfe einer Rechtfertigung. Als nach Chruschtschews Sturz der betreffende Beschluss wieder rückgängig gemacht wurde, begnügte man sich zur Begründung mit dem Hinweis auf die Unzweckmäßigkeit jener Massnahme.

Der Rechenschaftspflicht vor den Delegierten der Mitglieder wird also nur dann nachgekommen, wenn sie ohnehin im Interesse der Führung liegt.

Von der Partei zum Staat: Institutionalisierte Oligarchie

Die genaue Entsprechung findet man auf staatlicher Ebene. Das Parlament, der Oberste Sowjet, tritt jährlich zweimal für je einige Tage zusammen, und im Sinne der Verfassung werden seine Kompetenzen in der Zwischenzeit vom Präsidium des Obersten Sowjets ausgeübt — sogar die Gesetzgebung. Die Ukase (Gesetzesverordnungen) des Präsidiums treten nämlich sofort in Kraft, ohne dass die Plenarsitzung des Parlaments auch nur zu Worte kommen könnte. Wenn also vom sowjetischen Parlament gesagt wird, es sei eine

bloße Ratifizierungsbehörde ohne echte Entscheidungskompetenz, so trifft diese Feststellung noch nicht einmal den ganzen Sachverhalt, denn die Ukase bedürfen nicht einmal formell der parlamentarischen Zustimmung.

Dafür ist aber der zweite Pfeiler des Zentralismus, die vertikale Abhängigkeit, lückenlos ausgebaut und funktioniert tadellos. Die höheren Organe haben das Recht, nach Belieben die Beschlüsse und Entscheidungen der niedrigeren Organe entweder völlig ausser Kraft zu setzen oder sie nach eigenem Ermessen abzuändern.

In diesem Zusammenhang erklärt die sowjetische Rechtswissenschaft unter Berufung auf die Leninschen Thesen, die Autonomie der territorialen Verwaltungseinheit richte sich gegen den Grundsatz des demokratischen Zentralismus und könne nicht geduldet werden. In einem sozialistischen Staat gebe es keine Unterscheidung zwischen lokalen und zentralen Interessen, und die Zentralorgane dürften ihr Recht auf Leitung und Kontrolle der lokalen Stellen niemals aufgeben. Es ist demnach nicht so erstaunlich, dass selbst der Ausdruck «Autonomie» nach einem rund 40jährigen Unterbruch erst Ende der fünfziger/Anfang sechziger Jahre in die sowjetische Rechtswissenschaft zurückkehrte und dass er tendenziell jetzt bereits wieder verpönt ist.

Die Garantie des Monolithismus

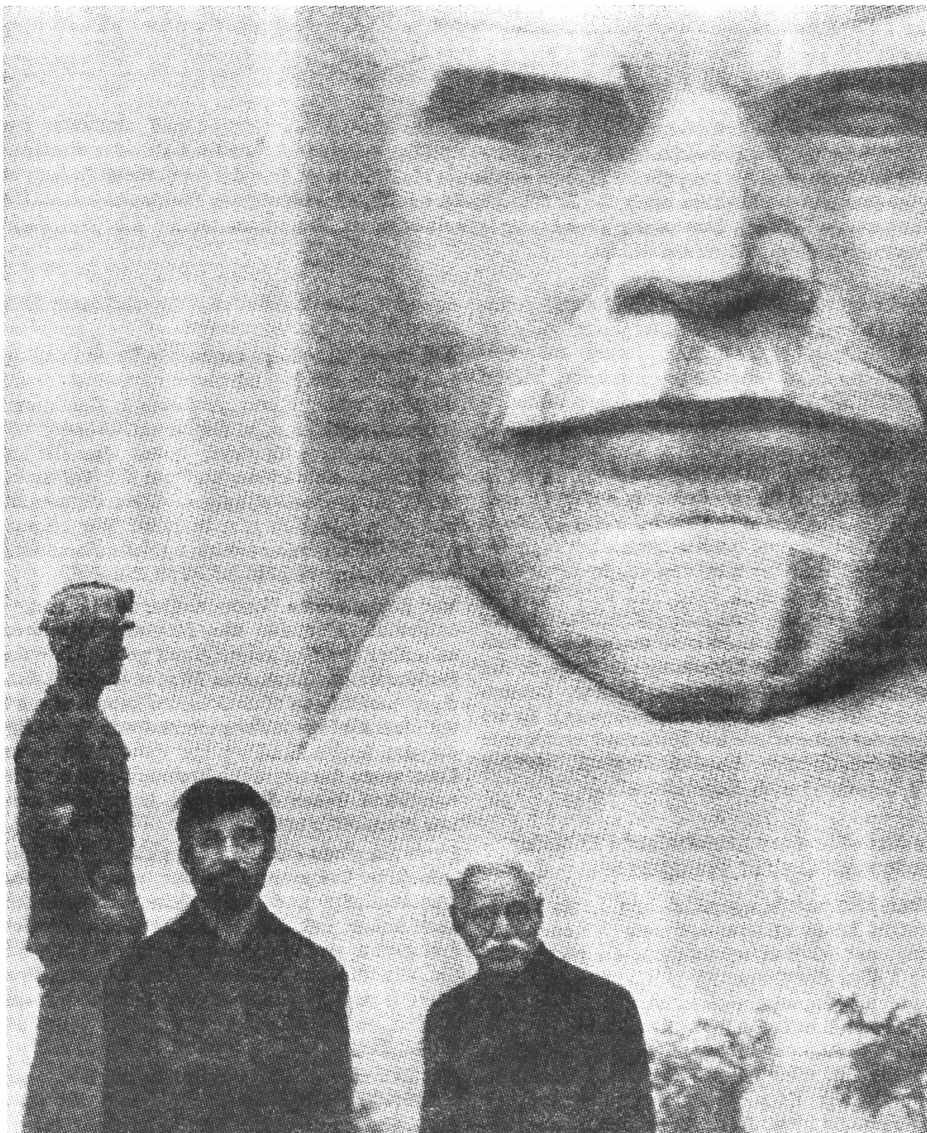
Dritter Pfeiler und wichtigste Garantie des Zentralismus auf Parteiebene ist die strenge Einheit. Die ideologische und organisatorische Parteeinheit ist im Statut (Art. 2/g) besonders hervorgehoben. Gruppenbildung und Fraktionsgeist sind mit der Parteizugehörigkeit unvereinbar (Einleitung).

Im Zeichen dieser These werden u. a. auch Eventualanprüche der KPs von Unionsrepubliken auf Autonomie oder auf föderalistische Struktur der Partei entschieden abgelehnt. Auf Staatsebene ist zwar der Föderalismus konstitutionell verankert, und sein angebliches Bestehen wird namentlich im Ausland propagiert, aber in Wirklichkeit kann er wegen der Anwendung der These vom demokratischen Zentralismus überhaupt nicht verwirklicht werden, da

- a) die den Staat (durchaus auch offiziell) leitende und kontrollierende Partei eine zentralistische Einheitspartei ist und
- b) die Teile dem Ganzen restlos untergeordnet sein müssen.

Wie schon erwähnt, ist jeglicher Minderheitenschutz ausgeschlossen. Dass man die Minderheit ihres Rechtes beraubt, ihre Auffassung beizubehalten und sich dafür einzusetzen, wird als demokratische Maxime gedeutet, denn eine Mehrheit (sie ist allerdings niemals eine etwa in Wahlen geprüfte Mehrheit!) müsse die totale Herrschaft ausüben. Die Partei regiert im Namen des Volkes, also der absoluten Mehrheit, und die Parteiführung im Namen der gesamten Mitgliedschaft. Aus dieser in beiden Fällen angesamsten Mehrheitsvertretung wird geschlossen, dass diese keine Minderheit mit einer abweichenden politischen, ideologischen oder sachgebundenen Auffassung dulden dürfe.

Im guten halben Jahrhundert der Geschichte sozialistischer Staaten (im kommunistischen Sinne) hat lediglich einmal eine regierende Partei versucht, den Schutz von Minderheitsansichten zu



Seit urdenklichen Zeiten verkörpern steinerne Riesenfiguren der führenden Männer das Prinzip der Demokratie — oder nicht?



Sorgfältige Retouchen am Monument.

gewährleisten, und dieses Bestreben ist gewaltsam von aussen vereitelt worden. Es handelt sich (natürlich) um die Tschechoslowakei von 1968.

Die Prager Häresie

Der damalige Statutenentwurf (der dem Kongress am 9. September hätte vorgelegt werden sollen, was die Invasion verhinderte) gestand den Minderheitsansichten «im Geiste des demokratischen Zentralismus» (die Berufung auf dieses Prinzip musste aus Alibigründen beibehalten werden) ausdrückliche Rechte zu. Einer sich in einem beliebigen Parteigremium ergebenden Minderheit wurde zugestanden, ihren Standpunkt festzuhalten und seine Eintragung ins Protokoll zu verlangen. Ueberdies dürfe sie auch nachträglich bei ihrer Einstellung bleiben, sie weiterentwickeln und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt eine neue Behandlung des Traktandums in ihrem Sinne verlangen. Ferner legte das Statutenprojekt fest, dass man den Trägern von Minderheitsansichten nur mit «ideellen Mitteln» begegnen dürfe, womit jegliche Sanktionen gegen Abweichler als unstatthaft deklariert wurden (Statutenentwurf, Art. 3 und Art. 19, Abs. c). Der sowjetischen Führung war das unannehmbar. Die Moskauer Stellungnahme wurde von P. Rodinow am 19. August 1968 (neun Tage nach Veröffentlichung des Entwurfs und zwei Tage vor der Invasion) in der «Prawda» dargestellt: «Ist es nicht klar, dass das sogenannte

„Recht der Minderheit“ die Grundlage des demokratischen Zentralismus untergräbt und die Parteidisziplin, die organisatorische Struktur, ja die Einheit der Parteilinien schwächt? Und kann denn schliesslich die Verletzung des Mehrheitswillens... überhaupt demokratisch genannt werden? Tatsächlich ist eine solche Erscheinung antidemokratisch zu nennen; sie führt zur Desorientierung, verletzt die Einheit der Partei und führt zur bürgerlichen Anarchie.»

Die Mehrheit wird nicht geprüft

Durchaus unbewiesen ist natürlich der angesetzte Anspruch auf Vertretung der Mehrheit. Wie soll sich je eine Mehrheit um eine «abweichende» Ansicht bilden, wenn diese nicht zunächst von einer Minderheit (vom Individuum bis zur Gruppe) überhaupt bekanntgemacht und propagiert werden darf? Die demokratische Mehrheitsbildung erfordert zunächst die Freiheit der öffentlichen Meinungsäusserung und dann den er-

möglichten Wettbewerb unterschiedlicher Auffassungen um die Gunst der Mehrheit. Eine ohne Alternativmöglichkeit zustande gekommene «Mehrheit» ist keine geprüfte Mehrheit, keine demokratische Mehrheit und kann es nie sein. Das Prinzip des demokratischen Zentralismus, welches das Aufkommen schon des blossen Alternativgedankens vereitelt, verhindert damit die demokratische Willens- und Mehrheitsbildung im Ansatz. Man gelangt nicht einmal bis zur Frage, ob der Mehrheitswille vertreten oder zertrümmert wird, da er gar nicht erst ermittelt werden kann.

Durch sein Konzept des demokratischen Zentralismus gab Lenin alles in allem einer kleinen Minderheit die Institutionen als Waffe in die Hand, jegliche Opposition zu unterdrücken und von einem Zentrum aus ein Weltreich von 240 Millionen Menschen (wozu noch die faktischen Kolonien des Satellitengürtels kommen) ohne Rücksicht auf ihre Wünsche, ja ohne Kenntnis ihrer Wünsche zu regieren. Laszlo Revesz

Die nichtkapitalistische Entwicklung für die Dritte Welt

Wenn einerseits der Sozialismus durch die Diktatur des Proletariats entsteht und andererseits der Sozialismus auch in Entwicklungsländern ohne Proletariat möglich ist, wie lässt sich das vereinbaren? Dadurch, sagt die sowjetische Theorie von Lenin bis Breschnew, dass das sowjetische Proletariat seine (behauptete) Diktatur auch für fremde Länder ausübt, die kein eigenes Proletariat haben. Die Sowjetunion hilft aus. Das ist die Theorie zur kolonialistischen Expansion, welche die sowjetische Praxis seit Lenins Zeiten auszeichnet.

Die heutige sowjetische ideologische und politische Offensive in der Dritten Welt will sich dadurch Popularität schaffen, dass sie mit ungeheurer Intensität die These propagiert, es sei möglich, mit Hilfe der sozialistischen Staaten (eigentlich und ursprünglich: mit Hilfe des Proletariats eines sozialistischen Staates) von einem primitiven Entwicklungsstadium direkt in den Sozialismus hineinzuwachsen, unter Vermeidung des Kapitalismus. Es wird ein grossartiges Entwicklungstempo, ein grossartiger Sprung nach vorne in Aussicht gestellt. Die Bedingungen dazu sind nur die direkte oder indirekte Führung Moskaus und die Errichtung der Diktatur des Proletariats oder, wenn es in einem Lande kein Proletariat gibt, die Errichtung der Diktatur der revolutionären Demokratie (Nasser, Boumedienne, früher Sukarno, Nkrumah usw.). Es sei allein der mit sowjetischer Hilfe zurückzulegende nichtkapitalistische Entwicklungsweg, welcher alle Schwierigkeiten lösen werde.

Lenin: «Für eure proletarische Diktatur stellen wir uns zur Verfügung»

Diese Idee wurde eigentlich von Lenin aufgeworfen. Lenin erklärte auf dem 2. Kominternkongress (1920), es sei möglich, die rückständigen Völker des Ostens für eine aktive politische Arbeit zu gewinnen, auch wenn es in diesen Ländern noch kein Proletariat gibt (Werke, russisch, Bd. 31, S. 218). Dementsprechend nahm dieser Kongress in seine Thesen folgenden Gedanken auf: In den Entwicklungsländern werden die Volksmassen nicht durch die kapitalistische Entwicklung, sondern durch die Vertiefung des Klassenbewusstseins unter der Leitung des klassen-

bewussten Proletariats der fortgeschrittenen Länder zum Sozialismus gelangen.

Auf dieser Grundlage erarbeitete Lenin das Programm der nichtkapitalistischen Entwicklung für die Entwicklungsländer. Auf dem 2. Kominternkongress sagte er u. a. folgendes: «Können wir jene Behauptung für richtig halten, dass das kapitalistische Entwicklungsstadium der Volkswirtschaft für jene rückständigen Völker unvermeidbar ist, welche sich jetzt befreien? Wir antworten auf diese Frage mit Nein.» (Vollst. Sammlung seiner Werke, russisch, Bd. 41, S. 245/246.)

Vor dem gleichen Forum verlangte er die internationale Hilfe für die Entwicklungsgebiete: «Darüber kann es keinen Streit geben, dass das Proletariat der führenden Länder den rückständigen werktätigen Massen helfen kann und muss und dass die Entwicklung der rückständigen Länder das jetzige Stadium nur dann überwinden kann, wenn das siegreiche Proletariat der Sowjetrepubliken diesen Massen die Hand ausstreckt und ihnen Hilfe leistet.»

Lenin sah eine zweistufige Entwicklung mit revolutionären Umgestaltungen vor, eine allgemeindemokratische und später eine sozialistische, aber immer mit der Hilfe des internationalen Proletariats und des Sowjetstaates. Wichtig ist, dass die führende Rolle des internationalen Proletariats und der sowjetischen Arbeiterklasse anerkannt und beibehalten wird. (Werke, Bd. 31, S. 217, 219.)

Aus diesem Grund behauptet die sowjetische politische Wissenschaft, die nationale Arbeiterklasse der sozialistischen Länder habe sich in eine internationale Kraft verwandelt, welche in den Entwicklungsländern eine rasche Entwicklung